

Keine Ortszeitung, aber Informationen, die Sie haben sollten!

16. November 2023

Sporthalle, Schule, Dorfsaal – nur mit langem Atem!

Ob sie Pflicht- oder freiwillige Aufgaben der Gemeinde heißen, ist eher eine formale verwaltungsrechtliche Angelegenheit, die natürlich auch beachtet werden muss. Unserer Fraktion geht es aber vor allem darum, die Vorhaben voranzubringen, die *notwendig* sind, eben Verbesserungen, auf die viele Bürger warten und hoffen. Ja, wenn es um Millionen geht, muss die Vorbereitung besonders gewissenhaft und mit genügend Vorlauf erfolgen. Aber das darf dann kein Verschiebehahn werden. Schon seit 2014(!) haben wir darauf gedrängt, den bereits damals problematischen Schulstandort Eggendorf weiterzuentwickeln und zukunftsfähig auszubauen.

Leider hat es viel zu lange gedauert, den Neubau einer Zwei-Felder-Sporthalle an der Rotdornstraße tatsächlich anzuschieben. Hier werden jetzt bedarfsgerechte Bedingungen für den Schulsport und bessere Möglichkeiten für Vereins- und Freizeitaktivitäten geschaffen. Damit wird auch Platz frei, um endlich die Schule selbst erweitern zu können, so wie es heutige Standards für Bildungseinrichtungen längst erfordern. Das Ziel heißt nun Fertigstellung 2028.

Der denkmalgeschützte Dorfsaal am Petershagener Dorfbauer war nach der Umsetzung des Projektes „Angerscheune“ als kulturelle Begegnungsstätte maßgeblich auch auf unseren Druck immer im Blick der Gemeindevertretung, um auch dieses Gebäude zu sichern und wieder einer vielfältigen öffentlichen Nutzung zuzuführen.

So wurden schon im Jahr 2018 Konzepte und Ideen und der Kostenrahmen beraten. Mit der Entwicklung eines Quartierskonzeptes für den Dorfkern sowie der Möglichkeit und Bewilligung von Fördermitteln des Bundes ergeben sich für den Dorfsaal und den Dorfbauer nun reelle Chancen für bauliche Maßnahmen, die 2024 beginnen sollen. Ebenfalls verbessert werden auch Fuß- und Radwege im Bereich Dorfbauer/Lindenstraße bis zur Mittelstraße.

(Fortsetzung ...)

Zeitenwende? Keine Rolle rückwärts!

von Kerstin Kaiser

Landtagsabgeordnete 1999-2016
Leiterin Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung
in Moskau 2016-2022,
jetzt Mitarbeiterin in dieser Stiftung

Das „Doppeldorf“ Petershagen/Eggendorf kann nach seinen dreißig Jahren neuerer Geschichte als Erfolgsmodell gelten: Ob jung, ob älter: Wer hier lebt, möchte bleiben. Neue Leute werden angezogen: Nicht nur Berlinnähe, sondern ein *Lebensort* mit guten Kinder- und Jugendeinrichtungen und Schulen, einem lebendigen Vereinsleben, Kultur und immer besserer Infrastruktur verspricht Familien mit Kindern eine Zukunft. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern Ergebnis sachbezogener, kompetenter Kommunalpolitik in Gemeindevertretung und -Verwaltung, wo „Daseinsvorsorge“ nie den integrativen, sozialen Blick verlor, wo parteiübergreifend immer wieder Gemeinsamkeiten und Konsens ausgelotet und demografische Herausforderungen rechtzeitig angenommen wurden.

Klar, Petershagen/Eggendorf ist keine Idylle. Rückblickend aber wurde um Interessen, Pläne und Projekte meist kulturreich und wertschätzend gestritten und entschieden: anders wären in Zeiten von Wende, Privatisierung und knapper öffentlicher Mittel weder die Schulzentren, noch Bauprojekte (Giebelseehalle, Straßen, Waldsportplatz, Strandbad, Bahnhofsumfeld), nicht Schulsozialarbeit und Treffpunkte für junge Leute und schon gar nicht die Qualität der Kinderbetreuung „freiwillig“ so gesichert worden. Die Ortsteile behielten ihren Charakter, ermöglichen freiwilliges Engagement. Dass man sich „um die Ecke“ kennt und hilft, gab und gibt Sicherheit in erneut unsicheren Zeiten.

Schon mit der Pandemie nahmen im Land die Zweifel zu, ob die Bundespolitik in die richtige Richtung gelenkt wird. Was aber bringt nun die verkündete „Zeitenwende“ mit ihrer beispiel-

losen Finanzierung von Bundeswehr, Militär und Aufrüstung als Priorität? Wegen des Krieges in der Ukraine (Russlands Überfall und westlicher Werte) wurde den Bundesbürgern ein neuer Kurs verordnet, mit allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Gebrochene Wahlversprechen (z. B. beim sozialen Wohnungsbau und der Kindergrundsicherung), eine umweltpolitische Rolle rückwärts, oben fröhliches Schuldenmachen, für die Unteren die Schuldenbremse. Haushaltsnotstände in Ländern und Kommunen sind absehbar. Die Bevölkerung soll zahlen, Rüstungs- und Energiekonzerne machen Rekordprofite.

Die Kanzlerrede vom 6. September zum Bundeshaushalt weist den Weg: *„...ja, wir geben jetzt die 100 Milliarden Euro aus, damit die Bundeswehr ab dem nächsten Jahr 2 Prozent NATO-Quote an Finanzmitteln zur Verfügung hat. Und ja, schon jetzt, schon heute, ist klar, dass wir allerspätestens ab 2028 zusätzliche 25 Milliarden, vielleicht auch fast 30 Milliarden Euro für die Bundeswehr aus dem Bundeshaushalt direkt finanzieren müssen. Und deshalb dienen dem Ernst der Lage nicht Rhetorik und Popanz, sondern dass wir mit allem, was wir jetzt tun, dazu beitragen, dass wir in dem Jahr in der Lage sein werden, diese Haushaltsmittel auch aufzubringen. Wir garantieren der Bundeswehr 2 Prozent NATO-Quote auch 2028, 2029 und 2030, in den ganzen 30er-Jahren.“*

Mit dieser *Garantie für Kriegswirtschaft* brennt aktuell die Frage, ob alles, was bisher im Ort gut ist, auch gut bleibt: Können wir weiter wunsch- und bedarfsgerecht bauen? Können wir die Finanzierung der Kinder- und sozialen (Fortsetzung ...)



